

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 80=100 (1934)

Heft: 3

Rubrik: Auslandschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AUSLANDSCHRONIK

(In der „Auslandschronik“ werden Meldungen über ausländische Wehrfragen und Armeen aus Fach- und Tagespresse monatlich zusammengestellt. Die Zusammenstellung kann aus technischen Gründen keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder zeitliche Unmittelbarkeit erheben.)

Redaktion: Major Karl Brunner, Zürich

Deutsches Reich.

Die «France militaire» vom 4. Januar würdigt die von der Reichsregierung vorgesehenen Neubauten auf dem Gebiet des VerkehrsweSENS unter dem Gesichtspunkt ihrer strategischen Bedeutung. Es hande sich um die Kredite von 165 Mill. Mk. für ein Netz von Autostrassen, 151 Mill. Mk. für Ausbau des Unterbaues von Eisenbahnlinien und 123 Mill. Mk. für die Beschaffung von Rollmaterial.

Um die Verbundenheit der Wehrmacht mit Volk und Staat zum Ausdruck zu bringen, hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichswehrministers eine Verordnung erlassen, die das Hoheitszeichen der Nationalsozialistischen Partei auch bei der Wehrmacht einführt.

Nach einer Meldung des «Völkischen Beobachters» vom 13. Januar aus Innsbruck befanden sich zu jener Zeit 80 französische Offiziere «zur Erholung» in Obergurgl in Tirol. Von dort aus unternahmen sie ausgedehnte Skitouren an der nahegelegenen italienischen Grenze.

Frankreich.

Kriegsminister Marschall Pétain sprach am 28. Februar vor der Heereskommission über den Gesetzentwurf betreffend die Reorganisation der Armee. Der Kriegsminister wies besonders auf die Notwendigkeit einer Reorganisation der Festungstruppen in den Grenzgebieten und auf die seit 1927 eingetretenen Änderungen in den Truppenbeständen hin. Es habe sich eine starke Veränderung der Heeresstärke ergeben. Pétain sprach sich für eine sofortige Erhöhung der Truppenbestände durch die Rückkehr zum früheren Rekrutierungssystem, durch eine vermehrte Ausbildung spezialisierter Soldaten und durch kurzfristige, freiwillige Rekrutierungen aus. Pétain schloss sein Exposé mit Ausführungen über die militärische Lage des Deutschen Reiches.

Im Armeeausschuss des Senats gab der Vorsitzende bekannt, dass er gemäss dem Auftrag der Kommission dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister von der kürzlich angenommenen Motion Kenntnis gegeben habe, wonach die Kommission der Auffassung sei, dass Frankreich bei der gegenwärtigen Lage in Europa die Rüstungen nicht weiter herabsetzen könne. Messimy erklärte, dass die Truppenbestände in Frankreich im Jahre 1914 675,000 Mann, im Jahre 1925 439,000 Mann und im Jahre 1933 300,000 Mann betragen hätten, was einer Herabsetzung um 55 Prozent gleichkomme. Diese Zahlen, die zu wenig bekannt seien, zeugten für die Anstrengungen Frankreichs zur Beschränkung der Rüstungen.

Schutz gegen Luftangriffe. Gaston Doumergue, der frühere Präsident der Republik, führte am 31. Januar den Vorsitz an der ersten Generalversammlung der Landesvereinigung für den Schutz gegen Luftangriffe. Sie tritt für die Schaffung einer mächtigen Luftflotte zum Schutz der Zivilbevölkerung und für die Zusammenarbeit mit den Behörden auf dem Gebiete der Landesverteidigung ein. Doumergue wurde zum Präsidenten des Vorstandes gewählt.

In einer vor der Abstimmung in der Kammer im Januar gehaltenen Rede erklärte Kriegsminister Daladier, man dürfe nicht sagen, dass Frankreich nicht imstande sei, seine Sicherheit zu gewährleisten, und wandte sich energisch

gegen die Manöver, die eine gänzlich ungerechtfertigte Panik auslösen. Die Gesamtzahl der aktiven Soldaten betrage 468,000 Mann, zu denen man noch 500,000 vollkommen ausgebildete Reservisten hinzurechnen müsse. Die von der Kammer bewilligten Kredite seien dazu verwendet worden, das Heer mit modernem Material auszurüsten. Frankreich besitze nunmehr ein Be f e s t i g u n g s s y s t e m, wie es in der Welt und in der Geschichte ohne Beispiel dastehe. Man brauche jetzt nur noch die nötigen Kredite, um dieses System bis zum Meer hin auszudehnen und zu vollenden. Man könne nicht glauben, dass man eine Nation mit einer Armee von 500,000 Mann niederwerfen könne. — Das «Journal Officiel» veröffentlicht ein Dekret, das die Wiedereinstellung ausgedienter Soldaten auf drei, vier oder fünf Jahre bewilligt. Diese Wiedereingestellten sollen nach Ablegung einer Aufnahmeprüfung zu Spezialisten ausgebildet und besonders im Hinblick auf ihre Verwendbarkeit bei den Festungswerken an der Ostgrenze ausgewählt werden. Es sollen 15,000 Mann auf diese Art in die Armee eingereiht werden.

Die Flottenkommission des Senats sprach sich am 20. Februar entschieden gegen jede Abrüstung Frankreichs zur See aus. In einer von der Kommission angenommenen Entschliessung heisst es, die französische Flotte dürfe nicht geschwächt werden, solange es keine wirksame internationale Solidarität gebe und solange nicht ein Abkommen über eine allgemeine Flottenab- rüstung abgeschlossen sei. Die Kommission verlange daher, dass die Bau- programme schnellstens durchgeführt werden, damit die französische Flotte auf einen Stand gebracht werde, der den Notwendigkeiten der Landesverteidi- gung entspreche.

Italien.

An der italienisch-österreichischen Grenze haben Mitte Februar erhebliche Truppenbewegungen stattgefunden. Zwei Armeekorps sind aus Bozen und Udine herangezogen und in ihren bisherigen Standorten durch andere Formationen aus dem Innern des Landes ersetzt worden.

Der Senat genehmigte am 10. Januar die Voranschläge der drei Landes- verteidigungsministerien für das Jahr 1934. Im Verlaufe der Sitzung gab Unterstaatssekretär General Valle einige Erklärungen ab über die Bedeutung der Militäraviatik. Er führte u. a. aus, dass bei dem Bau neuer Flugzeuge hauptsächlich auf die Geschwindigkeit und die hohe Leistung abgestellt werden müsse. Die Geschwindigkeit der Apparate verändere die ganze Taktik des Luftkampfes von Grund auf. Die Bestrebungen zur Förderung der Jagd- flugzeuge wurden vollständig aufgegeben. Ein reiner Defensivapparat sei heute überholt. Man dürfe nicht vergessen, dass feindliche Flugzeuggeschwa- der sechs Minuten, nachdem sie festgestellt wurden, über den italienischen Grosstädten erscheinen können. General Valle gab Aufschluss über die Kosten des Geschwaderfluges Marschall Balbos. Diese beliefen sich auf 7½ Mill. Lire. General Valle stellte dies fest, um den im Ausland herumgebotenen Ge- rüchten ein Dementi entgegenzusetzen, nach denen der Geschwaderflug 100 Millionen Lire gekostet haben soll.

Admiral Cavagnari äusserte sich über das Schiffbauprogramm. Er stellte fest, dass nach dem Washingtoner Vertrag Italien noch 70,000 Tonnen Gross- kampfschiffe bauen könne. In Erwartung der Ergebnisse der Abrüstungs- konferenz habe Italien aber darauf verzichtet, diese Ermächtigung voll aus- zunützen. Indessen sei es nicht ausgeschlossen, dass Italien in der nächsten Zeit den Bau eines Grosskampfschiffes in Erwägung ziehen werde.

Belgien.

Der Heeresminister Deveze hat am 9. Dezember im Senat die Forderung auf Bewilligung der ausserordentlichen Heereskredite von 760 Millionen

Franken, die sich auf die Haushaltjahre 1934/35 verteilen, mit der gefährdeten Lage Belgiens begründet. Er erinnerte an die Verteidigungsmassnahmen, die auch die Schweiz kürzlich getroffen habe. Deveze entwickelte im einzelnen den zum grössten Teil bereits bekannten belgischen Landesverteidigungsplan. Er enthält nicht nur den Ausbau der Befestigungswerke an der Maas und im Vorfeld von Lüttich, dem Plateau von Herve, nicht nur den Ausbau der Luftabwehr und die Sicherstellung englischer Truppenlandungen, die Vermehrung der Jagdflugzeugstaffeln, sondern auch die Verstärkung ausgesprochener Angriffswaffen, wie der Bombengeschwader, die Organisierung einer stehenden Division von Ardennenjägern und die verbesserte Ausbildung der Milizreserven. Vorläufig wird noch sondiert und im Unterhaus geredet. Als ausgesprochenes Aufrüstungsprogramm bezeichnete deshalb die sozialistische Senatsfraktion den Plan des Heeresministers und lehnte die ausserordentlichen Kredite ab, solange sich nicht die internationalen Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung endgültig als vergeblich erwiesen hätten. Deutschland, so erklärte der Senator van Overbergh, habe niemals abgerüstet und fürchte deshalb eine internationale Kontrolle.

Der französische Aussenminister empfing am 6. Dezember den belgischen Botschafter in Paris. Obgleich über den Gegenstand dieser Unterredung eine amtliche Verlautbarung nicht veröffentlicht wurde, nimmt man an, dass es sich bei der Unterredung in erster Linie um die Befestigung der belgischen Ostgrenze gehandelt hat, die als eine Fortsetzung der französischen Befestigungskette durchgeführt werden soll.

England.

Nach einer Meldung des «Daily Herald» ist das gesamte Inventar einer bekannten englischen Waffenfabrik in Glasgow von französischen Interessenten erworben worden. Das Inventar besteht vornehmlich aus Maschinen zur Herstellung von schweren Mörsern und Granaten. Nach dem gleichen Blatt entwickelt die englische Rüstungsindustrie seit Wochen eine fiebrige Tätigkeit. Die Industrie ist mit ausländischen Rüstungsaufträgen überhäuft und hat daneben auch grosse Aufträge vom englischen Kriegsministerium, Marineministerium und Luftfahrtministerium erhalten. Auch die Imperial Chemical Industrie will, nach der gleichen Quelle, ihre schottischen Werke, in denen Explosivstoffe hergestellt werden, ausbauen.

Die Befürworter einer starken Luftflotte haben sich am 29. November in beiden Häusern des Parlamentes zum Worte gemeldet. Es geschieht nicht zum erstenmal, dass sie auf die grossen Unterschiede zwischen den Beständen Grossbritanniens und seinen Nachbarn über dem Kanal hinweisen, um so ihre Forderungen in der Öffentlichkeit geltend zu machen. Denn nicht nur die französischen, sondern auch die amerikanischen, japanischen, italienischen und sowjetrussischen Luftstreitkräfte sind numerisch stärker als die britischen. Lord Londonderry, der Minister für das Luftfahrtwesen, liess im Oberhaus durchblicken, dass die Regierung diese Ungleichheit nicht viel länger in ihrem heutigen Umfange bestehen lassen könne. Im Unterhaus liess sich Baldwin in ähnlichem Sinne vernehmen, wobei er an seine bekannte Rede über die Schrecken des Luftkrieges erinnerte, die leider nicht das Echo erhalten habe, das er sich versprach. Man wird damit rechnen müssen, dass die britische Regierung auch im allerbesten Falle, d. h. wenn die Rüstungsbesprechungen eine Wendung zum Guten nehmen, eine Erhöhung ihrer Streitkräfte in der Luft beschliessen wird. Da Baldwin sich darüber nicht näher aussprach, ist man auf die Vermutung angewiesen, dass dies im Rahmen einer Reorganisation im Verteidigungswesen geschieht, die von mancher Seite her mit Nachdruck gefordert wird.

Tschechoslowakei.

Im Wehrausschuss des Abgeordnetenhauses erklärte Verteidigungsminister Dr. Bradac: Alles, was wir unternehmen, ist eine notwendige Folge der gegenwärtigen aussenpolitischen Situation. Der Generalstab muss alle Eventualitäten in Betracht ziehen und deshalb wird die Verlängerung der Präsenzdienstzeit erwogen.

Das Nationalverteidigungsministerium bereitet den Entwurf einer Wehrgesetznovelle vor, die die Verlängerung der Militärdienstzeit auf zwei Jahre vorsieht. Die zweijährige Dienstzeit hatte knapp nach dem Umsturze bestanden, wurde dann in die 18monatige und vor kurzem in die 14monatige umgewandelt.

Die Nachrichten, dass die Absicht besteht, die Präsenzdienstzeit in der Armee von 14 Monaten auf zwei Jahre zu verlängern, werden bestätigt. Der Antrag ist von der Armeeleitung ausgearbeitet worden, die in Berücksichtigung der internationalen Situation in der zweijährigen Dienstzeit die unerlässliche Voraussetzung für die Sicherheit des Staates schaffen will.

Die Materialausstattung lediglich für die aktive Armee beträgt nach einer Meldung der «Reichspost» (ohne Festungen und Material für Reserven): rund 8000 leichte Maschinengewehre, rund 2500 schwere Maschinengewehre, 792 leichte Geschütze, 412 schwere Geschütze, 100 Flugzeugabwehrgeschütze, rund 80 Tankwagen und 687 Flugzeuge.

Bulgarien.

Zwei Personen, die der kommunistischen Propaganda im Küstenverteidigungsdienst überführt worden waren, sind vom Militärgericht in Sofia zum Tode verurteilt worden. Vier weitere Kommunisten wurden in Anbetracht ihres jugendlichen Alters unter 18 Jahren zu 15 Jahren Gefängnis begnadigt. Einige der Mithilfe angeklagte Personen erhielten 5—7 Jahre Zwangsarbeit. Unter den Verurteilten befinden sich zwei Marineoffiziere und zwei Marineaspiranten.

Polen.

Die Heeresausgaben für das Rechnungsjahr 1934/35 sind mit 761,7 Millionen Zloty gegenüber 823 Millionen für das laufende Jahr in den Staatshaushalt eingesetzt worden. Auf Grund der unterbreiteten Daten kann festgestellt werden, dass das polnische Heer in bezug auf Materialversorgung vom Auslande unabhängig ist. Es umfasst ungefähr 17,900 Offiziere, 37,000 Berufsunteroffiziere und 211,000 Mann.

Sowjetrussland.

Keine Nation der Welt hält ihr Flottenbauprogramm geheimer als die Sowjetrepublik. Trotzdem weiss man, dass die Sowjetunion alle Vorbereitungen trifft, um ihr Gebiet ebenso wie zu Lande auch zur See vor jedem feindlichen Angriff zu schützen, und dass die russischen Werften in der Ostsee, im Schwarzen Meer und im Fernen Osten mit Hochdruck arbeiten. Jetzt hat nach Kriegskommissar Woroschilow in seinem Bericht an den kommunistischen Parteikongress zum ersten Male zugegeben, dass ein umfangreiches Flottenbauprogramm in Ausführung begriffen sei. In den letzten Monaten, so führte Woroschilow aus, habe sowohl die Ostseeflotte wie die Schwarze Meerflotte eine beträchtliche Verstärkung erfahren. Gleichzeitig sei eine ganz neue fernöstliche Flotte gebildet worden, um die Küstenprovinzen vor den Angriffsplänen der Japaner zu schützen. Diese fernöstliche Flotte bestehe lediglich aus kleineren Schiffen und verfüge weder über Dreadnoughts noch über FlugzeugmutterSchiffe. Aber anscheinend soll sie sich auf die Fliegertruppe der Armee stützen. Ein Beweis für die rasche Vermehrung der Sowjetflotte wird in der Nachricht erblickt, dass in letzter Zeit verschiedene russische

Schiffsbauingenieure für hervorragende Leistungen mit der höchsten Sowjetauszeichnung, dem Leninorden, dekoriert wurden.

Nach den letzten erhältlichen Zahlen, die aus dem der Genfer Abrüstungskonferenz vorgelegten Bericht der Sowjetunion stammen, würde die russische Flotte aus 61 Kampfeinheiten mit einer Gesamttonnage von 169,719 Tonnen bestehen und sich aus vier Schlachtschiffen, drei Kreuzern, 26 Zerstörern, 20 U-Booten, 2 Minenlegern und 6 Minensuchern zusammensetzen. Es kann jedoch als sicher gelten, dass die Flotte mittlerweile ganz bedeutend verstärkt worden ist.

Nach Meldungen der Blätter plant die Sowjetregierung den Bau mehrerer Flottillen von Torpedobootzerstörern, die wahrscheinlich zum allergrössten Teil in Frankreich in Auftrag gegeben werden dürften. Die zur Zeit in Frankreich weilende russische Marinemission führt Verhandlungen über den Bau der Schiffe.

Wie das Stockholmer «Aftonbladet» berichtet, soll die Sowjetregierung ein grosses Programm zum Ausbau der Ostseeeflotte aufgestellt haben. Es sollen vier neue Kreuzer mit einem Displacement von 8000 Tonnen, vier grosse Torpedojäger und ein Tauchboot von der Grösse der französischen «Surcoufs» gebaut werden. Die Kreuzer, die mit 20 Zentimeter-Kanonen bestückt und mit je sechs Flugzeugen versehen werden sollen, werden in der Ostsee stationiert sein, das Tauchboot im Weissen Meer. «Aftonbladet» spricht die Vermutung aus, dass diese Schiffe auf amerikanischen Werften gebaut werden sollen.

Kamenew, Vorsitzender des revolutionären Kriegsrates der Sowjetunion, ein früherer kaiserlicher Oberst, hat Anordnungen über die Schaffung eines Scharfschützenkorps für die Rote Armee herausgegeben, das etwa 500,000 Mitglieder bis zum 15. August ausbilden soll. Diese Scharfschützen, die den Namen «Woroschilow-Jäger» tragen werden, sollen hauptsächlich aus Fabrikarbeitern bestehen. Reguläre Waffenübungen sind vorgesehen. Auch Abteilungen junger Frauen sollen dem Hilfskorps angehören. Die Frauen sollen ausser im Scharfschiessen noch im Werfen der Handgranaten und im Pistolenabschiessen ausgebildet werden, die Männer daneben auch im Skilaufen und anderen Disziplinen.

Das «Echo de Paris» übernimmt eine Meldung des «Daily Telegraph» aus Moskau, wonach in der allernächsten Zeit 500,000 junge Russen eine militärische Ausbildung erhalten werden. Die Liga für Luftverteidigung zähle gegenwärtig 12 Millionen Mitglieder und werde in einigen Monaten 14 Millionen Mitglieder erreichen, die sämtlich eine militärische Ausbildung geniessen und mit Waffen umzugehen verstehen. — Die Sowjet-Eisenbahnen sind unter militärische Aufsicht gestellt worden. Eine Gruppe politischer Kommissäre der Roten Armee hat auf Veranlassung des Kriegskommissärs Woroschilow die oberste Aufsicht über die einzelnen Eisenbahnbezirke übernommen.

Japan.

Marineminister Osumi erklärte einem Vertreter der «United Press», Japan werde auf der nächsten internationalen Konferenz eine Neuverteilung der Flottenstärke verlangen. Japan könne es nicht länger hinnehmen, dass die Schlüsselzahl für Amerika und England je fünf, aber für Japan nur drei betrage. Er sehe nicht ein, warum eine Macht wie Japan für immer an einen früher einmal unterzeichneten Vertrag gebunden sein solle. Das Londoner und auch das Washingtoner Abkommen habe man seinerzeit zur Sicherung des Friedens für alle Völker unterzeichnet. Inzwischen sei jedoch eine Entwicklung eingetreten, die die internationale Lage Japans geändert habe. Die Verträge bieten heute keine ausreichende Gewähr mehr für den Schutz des japanischen Inselreiches.

Eine Flotte von 161 Schlachtschiffen, die in sieben Reihen auffuhren, wurde aus Anlass des Abschlusses der drei Monate lang durchgeföhrten

japanischen Flottenmanöver vom Kaiser von Japan besichtigt. Die 161 Einheiten sind nahezu sämtlich erst nach dem Kriege gebaut und verfügen über eine Raumverdrängung von insgesamt 848,000 Tonnen.

Japanische Blätter veröffentlichen Einzelheiten über das neue Flottenprogramm, dessen Verwirklichung im nächsten, am 1. April 1934 beginnenden, Finanzjahr in Angriff genommen werden und im am 30. März 1938 zu Ende gehenden Finanzjahr vollendet werden soll. Die Ausführung des ganzen Planes dürfte 590—670 Millionen Yen erfordern, von denen im nächsten Finanzjahr 180 Millionen ausgegeben werden sollen. Es ist beabsichtigt, bis 1938 im ganzen 36 neue Kriegsschiffe zu bauen, darunter 2 Flugzeugmutterschiffe, 10 Unterseeboote usw. Im ganzen verlangt das Marineministerium im nächsten Finanzjahr 370 Millionen Yen, es stellt somit an den Staat, dessen Etat für das nächste Finanzjahr jetzt ausgearbeitet wird, die höchsten Ansprüche, noch höhere als das Kriegsministerium, das 330 Millionen Yen beansprucht. Das Marineministerium hielt diese Neubauten schon lange für notwendig, die unmittelbare Entscheidung aber führte der Beschluss des amerikanischen Marineministeriums herbei, mit der Durchführung seines neuen Programms zu beginnen. Obwohl Amerikaner versicherten, dass dieses Programm keine Erhöhung der amerikanischen Kriegsflotte bedeute, dass es sich nur um einen Ersatz veralteter Schiffe durch moderne handle und dass die Vereinigten Staaten die ihnen im Abkommen von Washington eingeräumte Tonnenzahl noch gar nicht erreicht haben, wurden die amerikanischen Schiffsbestellungen für Japan zum Anlass, seinerseits die Verwirklichung seines Marineprogramms zu beschleunigen.

Vereinigte Staaten.

Das Kriegsministerium arbeitet gegenwärtig eine grossangelegte Heeresreform aus. Nach diesen Reformplänen sollen die Kavallerie und die Infanterie motorisiert werden. Diese Motorisierung wird der amerikanischen Armee schätzungsweise 50 Millionen Dollars kosten. Die Arbeiten werden im Rahmen des «öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammes» und unter der Devise «Ankurbelung der amerikanischen Wirtschaft» durchgeführt werden.

Das Marineministerium hat 17 neue Kriegsschiffe in Auftrag gegeben, darunter ein 10,000 Tonnen-Kreuzer, acht 1800 Tonnen-Zerstörer und zwei 1400 Tonnen-U-Boote. Nach der Unterzeichnung der Kontrakte erklärte der Marineminister Swanson, er hoffe, dass die amerikanische Flotte bis an die Grenze der im Londoner Vertrag bewilligten Zahlen ausgebaut werden würde, und dass es gelinge, sie so zu gestalten, dass sie keiner Flotte in der Welt nachstünde.

Gaskrieg.

Ein Korrespondent des «Petit Journal» in Clermont-Ferrand berichtet, dass zwei Professoren dieser Stadt, Prof. Léonce Bert, Direktor des chemischen Instituts, und Dorier, Direktor des Laboratoriums für Weinuntersuchung, bei chemischen Versuchen über ein synthetisches Parfüm durch Zufall ein Giftgas entdeckten, dessen tödliche Wirkung alles bisher Bekannte übertrifft. Prof. Bert erklärte, dass die chemische Formel für dieses Gift geheim sei und es bleiben werde. Er und sein Kollege hätten weder das Bedürfnis, noch sähen sie die Notwendigkeit ein, die Formel irgend jemand bekannt zu geben, auch nicht dem Kriegsminister. Wenn der Krieg noch einmal ausbrechen sollte und die Verteidigung Frankreichs nötig machen würde, so würden die Fabriken in kaum acht Tagen in die Lage versetzt, Giftgas in jeder gewünschten Menge für Gasbomben zu produzieren.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Toute reproduction d'article n'est autorisée qu'à la condition de mentionner
le titre du journal.